

Kommunen nicht populistischer Stimmungsmache, rechten Parteien und rassistischen Bestrebungen überlassen!

Globale Herausforderungen lokal lösen. Für eine antirassistische kommunale Offensive.

Als Kampagne zur Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes¹ laden wir am ... zu einem bundesweiten Online-Treffen ein. Wir möchten verschiedene Stimmen von Vertreter*innen einholen, die sich bereits mit Veröffentlichungen zu den derzeitigen autoritären Entwicklungen zu Wort gemeldet haben. Das vorliegende Diskussionspapier legt bewusst den Schwerpunkt auf Städte und Kommunen.

Zusammenfassung

Das Papier ist entlang von sechs Forderungen strukturiert. An diesen sechs Punkten sollten wir gleichzeitig ansetzen, um auf kommunaler Ebene wieder stärker in die Initiative zu kommen. **Dabei sollte das übergeordnete Ziel sein, antirassistische und flüchtlingssolidarische Bewegungen auf kommunaler Ebene zu vereinen und somit Rassismus und Autoritarismus Einhalt zu gebieten. Wir fordern ein antirassistisches kommunalpolitisches Verständnis, das für mehr politischen Einfluss der Städte und Kommunen auf bundes- und europäischer Ebene eintritt und von vielen Aktiven auf lokaler Ebene mitgetragen wird.** Dabei sollten wir auch an die Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) der Vereinten Nationen anknüpfen, die Städten und Kommunen eine zentrale Rolle in der Lösung globaler Herausforderungen zugesteht. Gleichzeitig sollten wir für mehr kommunale Partizipationsmöglichkeiten und emanzipatorische Projekte eintreten und bestehende solidarische Initiativen weiterdenken und stärken. Kommunen brauchen mehr Autonomie, mehr Entscheidungsfreiheiten und mehr Geld. Die in Forderung sechs angedachte Finanzierungsmöglichkeit verbunden mit einer Investitionsoffensive aus einem EU-Topf bietet sich für eine Diskussion an. **Zunächst geht es jedoch um eine Standortbestimmung, um eine Positionierung gegen autoritäre, rassistische und völkische Entwicklungen in diesem Land.** Erfreulich wäre es, wenn das hier skizzierte antirassistische kommunalpolitische Verständnis zu einer Handlungsgrundlage für politische und kulturelle Aktionen auf kommunaler Ebene wird, um fortschrittliche, emanzipatorische Kämpfe zusammenzudenken – nicht nur bezüglich der Aufnahme von Geflüchteten, sondern auch in anderen Politikfeldern, wie der Klima- und Wohnungspolitik.

Diskussionspapier

Der gesellschaftliche Diskurs um Flucht und Migration hat sich 2023 dramatisch nach rechts verschoben. Dies zeigt sich sowohl in Gesetzen und Parlamentsbeschlüssen als auch in der zunehmenden Normalisierung antidemokratischer und rechtsextremer Haltungen. **Im Zentrum der Auseinandersetzung um die Umsetzung des Asylrechts (Aufnahme von Geflüchteten) stehen die Kommunen. Tatsächlich geht es um die Rechte und Grundfreiheiten geflüchteter Menschen.** Verschiedene Erklärungen, Veröffentlichungen und Resolutionen beklagen autoritäre gesellschaftliche Entwicklungen.

- Die **Berliner Erklärung – In Verteidigung der Migrationsgesellschaft** mit 2961 Unterschriften meint, dass es bei den „Maßnahmen zur Begrenzung der Fluchtmigration“ nicht darum geht, Kommunen zu entlasten. „Tatsächlich werden Mittel für Bildung, Soziales, Kultur, Gesundheit, Armutsbekämpfung und die Rechte von Frauen gekürzt“.²
- Die Positionsbestimmung **Solidarität ist keine Sonntagsrede – Die offene Gesellschaft verteidigen** von 15 Organisationen, darunter die Gewerkschaft ver.di, befürchtet bezüglich der 2024 anstehenden Kommunal- und Europawahlen eine „autoritäre Verschiebung“.³
- In einem **Fünf-Punkte-Plan für eine funktionierende Asyl-, Aufnahme- und Integrationspolitik** von Pro Asyl gemeinsam mit 17 Wohlfahrtsverbänden und Menschenrechtsorganisationen heißt es: „Viele Kommunen haben aktuell Schwierigkeiten, die nach Deutschland fliehenden Menschen menschenwürdig unterzubringen und angemessen zu versorgen und fühlen sich finanziell und organisatorisch von den Ländern und dem Bund im Stich gelassen“.⁴

1 <https://asylbewerberleistungsgesetz-abschaffen.de/>

2 <https://transformingsolidarities.net/de/news/berliner-erklarung-in-verteidigung-der-migrationsgesellschaft/>

3 <https://arbeitsmarkt-und-sozialpolitik.verdi.de/ueber-uns/nachrichten/++co++1e01df52-7e36-11ee-996a-001a4a160119>

4 <https://www.fluechtlingsrat-thr.de/aktuelles/news/menschen-sch%C3%BCtzen-kommunen-unterst%C3%BCtzen-chancen-nutzen-f%C3%BCnf-punkte-plan-f%C3%BCr-eine>

- Der Appell **Die Menschenwürde gilt für alle – auch für Geflüchtete!** wurde von 154 Organisationen unterzeichnet und fordert die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetz. Die derzeitige „Debatte suggeriert, Geflüchtete seien die zentrale Ursache für die zweifellos vorhandenen gesellschaftlichen Missstände wie fehlender Wohnraum oder fehlende Schul- und Kitaplätze.“, heißt es.⁵
- Verschiedene Einzelpersonen im Umfeld der **Rosa-Luxemburg-Stiftung** stellen fest, dass die Macht der AfD nicht mehr nur „in Landtagsmandaten, Bürgermeister- oder Landratsämtern zu messen“ ist. Ein rechter gesellschaftlicher Block ist sich darin einig, dass „emanzipatorische, linke Errungenschaften und Freiheiten in diesem Land gründlich und so schnell wie möglich abgeräumt werden sollten“.⁶
- Zahlreiche **Organisationen und Gewerkschaften in Hessen** fordern eine „Migrationsoffensive“. „Nicht zuletzt braucht Hessen massive Investitionen in den Auf- und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur, in bezahlbares Wohnen, Bildung, Mobilität, Gesundheitsfürsorge und andere Dimensionen der Daseinsvorsorge.“⁷

Mit den folgenden sechs Forderungen für eine antirassistische kommunale Offensive wollen wir an diese und weitere, hier nicht genannte Veröffentlichungen anknüpfen.

1. Populistischer Stimmungsmache entgegenreten! Zahlreiche Presseveröffentlichungen, Parlamentsparteien und Minister*innen sowie Städte- und Gemeinde- und Landkreistage sprechen von einer „Überforderung“ und einer erreichten „Belastungsgrenze“ der Kommunen bei der Aufnahme von Geflüchteten. Der teilweise desolaten Zustand der Kommunen liegt jedoch nicht in der Verantwortung der Geflüchteten. Er hat vielfältige Ursachen, die in den politischen Entscheidungen der letzten Jahrzehnten zu suchen sind. Hierauf verweisen Veröffentlichungen des Mediendienstes Integration⁸ und zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen zum Thema Wohnungsmarkt, Bildung, Gesundheit und Kultur. **Öffentliche Debatten um „Belastungsgrenzen“ und „Pull-Faktoren“ leisten einer rassistischen Abschreckungspolitik Vorschub und ebnen den Weg für die weitere Einschränkung von Rechten und Grundfreiheiten geflüchteter Menschen. Dieser Diskursverschiebung sollten wir auf kommunaler Ebene entgegenreten.**

2. Bestehende Handlungsspielräume nutzen! Verwaltungsrechtlich sind die Kommunen in Deutschland Anhängsel der Länder.⁹ Dennoch haben sie die Einwanderung in die bundesdeutsche Gesellschaft betreffend die größte Expertise. Nach Artikel Art. 28 Abs. 2 GG sind Kommunen rechtlich verselbstständigt und haben ein besonderes Recht zur Selbstverwaltung. **Städte und Kommunen genießen grundsätzlich Allzuständigkeit für den eigenen, „örtlichen Wirkungskreis – nämlich das Recht, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze eigenverantwortlich wahrzunehmen“.**¹⁰ Nach der Gemeindeordnung sind die Gemeinden dem Wohl ihrer Einwohner*innen verpflichtet. Dazu zählen auch geflüchtete Menschen. Gemeinderät*innen entscheiden auf kommunaler Ebene über die Ausgestaltung der Aufnahme von Geflüchteten mit, sei es bei der vorläufigen oder Anschlussunterbringung. Sie sind in Entscheidungsprozesse involviert und haben Ermessensspielräume. **Diese Handlungsspielräume sollten wir nutzen und konsequent für eine antirassistische Politik auf kommunaler Ebene eintreten.**

3. Solidarische Initiativen stärken! In den Kommunen entstanden die ersten sogenannten **Ausländerbeiräte**. Seit Jahrzehnten kämpfen **migrantische Selbstorganisationen** für gesellschaftliche Partizipation auf kommunaler Ebene, indem sie sich u. a. für ein kommunales Wahlrecht und gegen Rassismus engagieren. Bewegungen wie **Solidarity Cities** und **Sichere Häfen** sind auf kommunaler Ebene entstanden. Hinzu kommen solidarische Beratungsangebote wie **Anlaufstellen für Papierlose** und **Medi-Netze** sowie **europäische Städtepartnerschaften** und **weltweite Städtenetzwerke**. Viele Kommunen sprechen sich gegen eine rassistische Politik aus und positionieren sich dabei teils gegen die Landes- und Bundespolitik. Und das nicht erst seit heute: Wichtige Aufarbeitungen der Verbrechen des Nationalsozialismus fanden auf kommunaler Ebene statt. Bezüglich der Aufnahme von Geflüchteten sind Städte und Kommunen zentrale Schnittstellen für gesellschaftliche Aufnahmeprozesse.¹¹ **Die Normalisierung rechts-nationaler, rassistischer und völkischer**

5 https://asylbewerberleistungsgesetz-abschaffen.de/wordpress/wp-content/uploads/2023/10/Appell_AsyblLG_31.10.2023.pdf

6 https://asylbewerberleistungsgesetz-abschaffen.de/wordpress/wp-content/uploads/2023/11/Einladung_Vorbereitung-Aktionskonferenz_An-der-Zeit_final.pdf

7 https://www.paritaet-hessen.org/fileadmin/redaktion/Texte/Publikationen/Flyer_Integrationsoffensive-28.11.23.pdf

8 https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/MEDIENDIENST_Expertise_Unterbringung_Gefuechtete.pdf und https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Universitaet_Hildesheim_Mediendienst_Integration_Umfrage_Fluechtlingsunterbringung_in_den_Kommunen.pdf

9 <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurz dossiers/kommunale-migrations-und-fluechtlingspolitik/322888/kommunen-und-ihre-rolle-bei-der-fluechtlingsaufnahme-rechtslage-rechtsprechung-relevante-rechtsquellen/>

10 <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurz dossiers/kommunale-migrations-und-fluechtlingspolitik/322888/kommunen-und-ihre-rolle-bei-der-fluechtlingsaufnahme-rechtslage-rechtsprechung-relevante-rechtsquellen/>

11 https://flucht-forschung-transfer.de/wp-content/uploads/2017/05/IB-SoR-10-BAUER_Konfliktmediation-1.pdf

Positionen auf kommunaler Ebene bedroht die Demokratie und muss verhindert werden. In Anbetracht dieser Herausforderung sollten wir bestehende Initiativen direkter Solidarität und des gelebten Antirassismus weiterdenken und stärken.

4. Global denken, lokal handeln! Im November 2015 verabschiedeten die Vereinten Nationen die Agenda 2030, in der 17 Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) benannt werden. Die Agenda bietet einen direkten Bezugsrahmen für das Engagement der Kommunen und vollzieht damit einen Paradigmenwechsel.¹² **Nach dem Prinzip think global, act local zielen 11 der 17 Nachhaltigkeitsziele darauf ab, Städte und Kommunen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig zu gestalten, u. a. bezüglich der Themen Umwelt, Klima, Flucht, Migration und Armutsbekämpfung.** Das zeigt: Kommunen werden zunehmend als wichtige Akteurinnen der Entwicklungspolitik anerkannt. Sie befinden sich längst in einem globalen Transformationsprozess, der politisch stärker anerkannt werden muss. „Angesichts drängender globaler Herausforderungen ist ein starkes kommunales Engagement notwendiger denn je.“, so eine Studie des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik.¹³ **Wir sollten die notwendigen Entscheidungskompetenzen und finanzielle Mittel einfordern, damit Kommunen ihrer zentralen Rolle in der Lösung globaler Herausforderung gerecht werden können.**

5. Realitäten anerkennen, Veränderung gestalten! Städte und Kommunen sind mehr als ein Ort der Aufnahme. Sie sind lebendige Zentren, wo viele Sprachen gesprochen werden, in denen Austausch und Begegnung stattfindet. Kommunen waren und sind immer herausgefordert, jedoch nie generell überfordert. Sie entwickeln sich weiter.¹⁴ Das Nationale bröckelt. Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund sind längst unsere Nachbarn, unsere Arbeitskolleg*innen, unsere Freundinnen und Freunde. Sie sind Teil der Gesellschaft und müssen bei politischen Entscheidungen in allen Bereichen mit einbezogen und mitgedacht werden. Mit falschen Erzählungen wenden sich rechts-nationale politische Akteure gegen diese Veränderung. **Die heutige „Migrationskrise“ ist Ergebnis einer gegen Migrant*innen gerichtete Politik, die durch populistische Stimmungsmache und das schüren von Hass und Vorurteile, bestehende Probleme verschärft. Stattdessen sollten wir die Realitäten und Herausforderungen der bundesdeutschen Migrationsgesellschaft anerkennen und für eine faktenbasierte, pragmatische und partizipative Politik streiten. Nur so können wir lokale Veränderungsprozesse gemeinsam gestalten.**

6. Kommunale Selbstbestimmung stärken! „Kommunen könnten den Stillstand durchbrechen, wenn man sie lässt“.¹⁵ Das meinen Gesine Schwan und Malisa Zobel. Sie fordern (2021) eine **Kommunale Integrations- und Entwicklungsinitiative, die dezentral eine EU-Flüchtlings- und Entwicklungspolitik fördert.** „Dies soll durch einen Europäischen Fonds zur Unterstützung der Städte und Gemeinden, ein Matching-Verfahren von Städten und Geflüchteten, Kommunale Entwicklungsbeiräte und eine Vernetzung Europäischer Städte und Gemeinden geschehen.“¹⁶ Ein **Rechtsgutachten zur Umsetzbarkeit einer EU-geförderten kommunalen Integrations- und Entwicklungsinitiative** von Sina Fontana vom April 2021, zeigt, dass bei der kommunalen Aufnahme von Geflüchteten und gleichzeitiger Förderung von Stadtentwicklung rechtlich vieles möglich ist. Grundvoraussetzung für eine direkte Förderung aus EU-Töpfen an die Kommunen sind Gesetzesänderungen auf Ebene der Bundesstaaten. **Solidarische Städte aus 7 EU-Ländern fordern die Einbeziehung der Kommunen in das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS).**¹⁷ Die „International Alliance of Safe Harbours“ fordert, dass **Kommunen leichter direkt Mittel von der EU bekommen – ohne den Umweg über die Nationalregierungen.**¹⁸ „Der EU-Kommission ist das Problem der begrenzten kommunalen Spielräume im Migrationsbereich bewusst.“, so Christian Jakob in der taz¹⁹. Der aktuelle EU-Haushalt läuft noch bis 2027. Ab 2025 wird über den neuen Haushalt diskutiert. **Wir sollten uns für mehr kommunale Selbstbestimmung und finanzielle Spielräume in der europäischen Migrations- und Asylpolitik einsetzen.**

12 https://www.idos-research.de/uploads/media/Study_105.v2.0.pdf

13 https://www.idos-research.de/uploads/media/Study_105.v2.0.pdf

14 <https://www.bmz.de/de/themen/stadtentwicklung/hintergrund-18138>

15 <https://www.fes.de/globale-oekonomie/artikel-in-globale-oekonomie/kommunen-koennen-das-fuer-eine-initiative-die-integration-und-entwicklung-in-der-fluechtlingspolitik-zusammendenkt>

16 <https://www.fes.de/globale-oekonomie/artikel-in-globale-oekonomie/kommunen-koennen-das-fuer-eine-initiative-die-integration-und-entwicklung-in-der-fluechtlingspolitik-zusammendenkt>

17 <https://www.seebruecke.org/aktuelles/solidarische-staedte-aus-7-europaeischen-laendern-setzen-sich-fuer-eine-progressive-migrationspolitik-in-der-eu-ein>

18 <https://taz.de/Migration-nach-Europa!/5962549/>

19 ebd.

Kampagne für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes!
Soziale Rechte für ALLE!
<https://asylbewerberleistungsgesetz-abschaffen.de/>
info@asylblg-abschaffen.de